

Londoner Gipfeltreffen – Erklärung der Staats- und Regierungschefs

2. April 2009

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 20 (G20), sind am 2. April 2009 in London zusammengetroffen.
2. Wir sehen uns mit der größten weltwirtschaftlichen Herausforderung der Moderne konfrontiert, einer Krise, die sich seit unserer letzten Zusammenkunft noch vertieft hat, die das Leben von Frauen, Männern und Kindern in jedem Land betrifft, und zu deren Lösung alle Länder zusammenarbeiten müssen. Eine globale Krise erfordert eine globale Lösung.
3. Wir gehen von der Überzeugung aus, dass Wohlstand unteilbar ist, dass Wachstum, um nachhaltig zu sein, allen Menschen zugutekommen muss und dass unser Globalplan für eine wirtschaftliche Erholung die Bedürfnisse und die Arbeitsplätze schwer arbeitender Familien nicht nur in den entwickelten Ländern, sondern auch in den Schwellenländern und den ärmsten Ländern der Welt in den Mittelpunkt zu stellen hat; ferner muss dieser Globalplan die Interessen nicht nur der heute lebenden Menschen, sondern auch künftiger Generationen widerspiegeln. Wir glauben, dass eine offene Weltwirtschaft, die sich auf marktwirtschaftliche Grundsätze, wirksame Regulierungsmechanismen und starke globale Institutionen stützt, die einzig sichere Grundlage für eine nachhaltige Globalisierung und wachsenden Wohlstand für alle Menschen darstellt.
4. Wir haben uns daher heute verpflichtet, alles Erforderliche zu tun, um
 - Vertrauen wiederherzustellen, neues Wachstum zu erzeugen und neue Arbeitsplätze zu schaffen,
 - das Finanzsystem wieder instand zu setzen, damit die Kreditvergabe erneut in Gang kommt,
 - finanzielle Regulierungsmechanismen zu stärken, um verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen,
 - unsere internationalen Finanzinstitutionen dergestalt zu reformieren und finanziell auszustatten, dass diese Krise überwunden und künftige Krisen verhindert werden können,

- zur Unterstützung des Wohlstands den Welthandel und globale Investitionen zu fördern sowie dem Protektionismus eine Absage zu erteilen und
- eine ökologische und nachhaltige wirtschaftliche Erholung einzuleiten, von der niemand ausgeschlossen wird.

Indem wir gemeinsam handeln, um diese Zusagen zu erfüllen, werden wir die Weltwirtschaft aus der Rezession führen und verhindern, dass sich eine Krise wie die gegenwärtige noch einmal wiederholt.

5. Die Vereinbarungen, die wir heute getroffen haben – die dem IWF zur Verfügung stehenden Mittel auf 750 Milliarden US-Dollar zu verdreifachen, eine Aufstockung von Sonderziehungsrechten (SZR) in Höhe von 250 Milliarden US-Dollar zu unterstützen, eine zusätzliche Kreditvergabe durch die multilateralen Entwicklungsbanken im Umfang von mindestens 100 Milliarden US-Dollar zu befürworten, 250 Milliarden US-Dollar für die Handelsfinanzierung zu gewährleisten und die aus den vereinbarten Goldverkäufen des IWF erzielten zusätzlichen Einnahmen für konzessionäre Finanzmittel zugunsten der ärmsten Länder einzusetzen – addieren sich zu einer zusätzlichen Unterstützung im Umfang von 1,1 Billionen US-Dollar, mit der in der Weltwirtschaft die Kreditströme wieder belebt, neues Wachstum erzielt und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Zusammen mit den Maßnahmen, die wir auf nationaler Ebene getroffen haben, bedeutet dies einen Globalplan zur wirtschaftlichen Erholung von nie dagewesenem Ausmaß.

Wiederherstellung von Wachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze

6. Wir betreiben derzeit eine beispiellose und abgestimmte fiskalische Expansion, mit deren Hilfe wir Millionen von Arbeitsplätzen retten oder schaffen werden, die sonst verloren gegangen wären, und die sich bis Ende nächsten Jahres auf 5 Billionen US-Dollar belaufen, die Produktion um 4 % steigern und den Übergang zu einer ökologischen Wirtschaft beschleunigen werden. Wir verpflichten uns, die auf Dauer erforderlichen fiskalpolitischen Anstrengungen zur Wiederherstellung des Wachstums zu unternehmen.
7. Unsere Zentralbanken haben ebenfalls außerordentliche Maßnahmen ergriffen. Die Zinsen sind in den meisten Ländern aggressiv gesenkt worden, und unsere Zentralbanken haben sich verpflichtet, solange dies erforderlich sein wird, eine expansive Politik fortzuführen und das ganze Spektrum – auch unkonventioneller – geldpolitischer Instrumente einzusetzen, die mit Preisstabilität vereinbar sind.

8. Unsere Maßnahmen zur Wiederherstellung des Wachstums können ihre Wirkung erst entfalten, wenn wir die inländische Kreditvergabe sowie die internationalen Kapitalströme wieder in Gang bringen. Wir haben unserem Bankensystem wesentliche und umfassende Unterstützung gewährt, um Liquidität zur Verfügung zu stellen, Finanzinstitutionen zu rekapitalisieren und das Problem wertgeminderter Aktiva entschieden anzugehen. Wir verpflichten uns, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den normalen Kreditfluss durch das Finanzsystem wiederherzustellen und die Solidität systemrelevanter Institutionen zu gewährleisten, indem wir unsere politischen Maßnahmen im Einklang mit dem vereinbarten G20-Rahmen für die Wiederbelebung der Kreditvergabe und die Wiederherstellung des Finanzsektors umsetzen.
9. Zusammengenommen stellen diese Maßnahmen den größten fiskal- und geldpolitischen Stimulus und das umfassendste Unterstützungsprogramm für den Finanzsektor dar, die die Moderne je gesehen hat. Gemeinsam zu handeln verstärkt die Wirkung, und die bisher angekündigten außerordentlichen politischen Maßnahmen müssen unverzüglich umgesetzt werden. Heute haben wir uns ferner darauf verständigt, durch unsere internationalen Finanzinstitutionen und die Handelsfinanzierung mehr als 1 Billion US-Dollar an weiteren Finanzmitteln für die Weltwirtschaft bereitzustellen.
10. Letzten Monat schätzte der IWF, dass das globale Wachstum wieder in Gang kommen und bis Ende 2010 auf real über 2 % ansteigen werde. Wir sind zuversichtlich, dass die heute von uns vereinbarten Maßnahmen und unser unerschütterliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit dem Ziel der Wiederherstellung des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen unter gleichzeitiger Wahrung der langfristigen fiskalpolitischen Nachhaltigkeit die Rückkehr zum Trendwachstum beschleunigen werden. Wir verpflichten uns heute, alles Erforderliche zu tun, um dieses Ergebnis sicherzustellen, und wir fordern den IWF auf, die getroffenen Maßnahmen und die weltweit erforderlichen Schritte regelmäßig zu prüfen.
11. Wir sind entschlossen, langfristig fiskalische Nachhaltigkeit und Preisstabilität zu gewährleisten, und werden glaubwürdige Exit-Strategien auf der Grundlage der Maßnahmen formulieren, die jetzt getroffen werden müssen, um den Finanzsektor zu stützen und die globale Nachfrage wieder anzukurbeln. Wir sind überzeugt, dass wir durch die Umsetzung der von uns vereinbarten politischen Maßnahmen die

längerfristigen Kosten für unsere Volkswirtschaften begrenzen und so das Ausmaß der fiskalischen Konsolidierung verringern können, die längerfristig erforderlich ist.

12. Wir werden alle unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen kooperativ und im Bewusstsein unserer Verantwortung für die Auswirkungen auf andere Länder durchführen, auf einen Wettlauf um die Abwertung unserer Währungen verzichten und ein stabiles und gut funktionierendes internationales Währungssystem fördern. Wir werden jetzt und in Zukunft eine offene, gleichmäßige und unabhängige Überwachung unserer Volkswirtschaften und Finanzsektoren, der Auswirkungen unserer politischen Maßnahmen auf andere sowie der Risiken für die Weltwirtschaft durch den IWF unterstützen.

Stärkung der finanzpolitischen Aufsichts- und Regulierungsmechanismen

13. Schwere Versäumnisse im Finanzsektor und in den die Finanzmärkte betreffenden Regulierungs- und Aufsichtsmechanismen waren wesentliche Auslöser der Krise. Das Vertrauen wird erst zurückkehren, wenn wir die Glaubwürdigkeit unseres Finanzsystems wiederhergestellt haben. Wir werden Maßnahmen zur Schaffung eines stärkeren, weltweit kohärenteren Aufsichts- und Regulierungsrahmens für den Finanzsektor der Zukunft treffen, der ein nachhaltiges weltweites Wachstum fördert und den Bedürfnissen von Wirtschaft und Bürgern gerecht wird.
14. Wir alle wollen gewährleisten, dass unsere jeweiligen nationalen Regulierungssysteme robust sind. Wir sind uns aber ferner einig, dass wir die deutlich größere Beständigkeit und systematische Zusammenarbeit zwischen Staaten bewirken sowie den Rahmen aus international vereinbarten hohen Standards schaffen werden, die ein globales Finanzsystem braucht. Eine Stärkung der Regulierungs- und Aufsichtsmechanismen muss Angemessenheit, Integrität und Transparenz fördern, Risiken im gesamten Spektrum des Finanzsystems vorbeugen, den Finanzmarkt- und Wirtschaftszyklus eher dämpfen als verstärken, das Vertrauen in unangemessen riskante Finanzierungsquellen verringern und Anreize gegen das Eingehen exzessiver Risiken schaffen. Regulierungs- und Aufsichtsbehörden müssen Verbraucher und Investoren schützen, Marktdisziplin fördern, negative Auswirkungen auf andere Länder vermeiden, den Spielraum für das Ausnutzen von Unterschieden in den Regulierungsvorschriften verringern, Wettbewerb und Dynamik fördern und mit Innovationen am Markt Schritt halten.

15. Zu diesem Zweck setzen wir den auf unserem letzten Treffen vereinbarten Aktionsplan um, wie im beigefügten Fortschrittsbericht ausgeführt. Wir haben heute ferner eine Erklärung mit dem Titel "Stärkung des Finanzsystems" verabschiedet. Darin kommen wir insbesondere überein:

- einen neuen Rat für Finanzmarktstabilität (FSB) mit einem gestärkten Mandat als Nachfolger des Forums für Finanzstabilität (FSF) zu schaffen, dem alle G20-Staaten, die FSF-Mitglieder, Spanien und die Europäische Kommission angehören;
- eine Zusammenarbeit zwischen dem FSB und dem IWF mit dem Ziel auf den Weg zu bringen, frühzeitig vor makroökonomischen und finanzpolitischen Risiken zu warnen und die zu ihrer Bekämpfung erforderlichen Schritte zu unternehmen;
- unsere Regulierungssysteme so umzugestalten, dass unsere Behörden in der Lage sind, makroprudentielle Risiken zu identifizieren und zu berücksichtigen;
- Regulierungs- und Aufsichtsmaßnahmen auf alle systemrelevanten Finanzinstitutionen, -instrumente und -märkte auszudehnen. Erstmals wird diese Maßnahme auch systemrelevante Hedgefonds einbeziehen;
- die strengen neuen Prinzipien des FSF für Zahlungen und Entlohnungsleistungen mitzutragen und umzusetzen, nachhaltige Entlohnungssysteme zu unterstützen und die gesellschaftliche Verantwortung aller Unternehmen zu fördern;
- die Qualität, Quantität und internationale Kohärenz des Kapitals im Bankensystem zu verbessern, sobald die wirtschaftliche Erholung auf gutem Weg ist. Künftig müssen Regulierungsmaßnahmen eine exzessive Risiko-/Eigenkapitalrelation verhindern und den Aufbau finanzieller Rücklagen in guten Zeiten vorschreiben;
- Schritte gegen unkooperative Staaten und Gebiete einschließlich Steueroasen zu unternehmen. Wir sind bereit, Sanktionen zum Schutz unserer öffentlichen Finanzen und Finanzsysteme einzuleiten. Die Ära des Bankgeheimnisses ist vorüber. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die OECD heute eine Liste von Staaten veröffentlicht hat, in der das Globale Forum das Verhalten dieser Staaten im Hinblick auf den internationalen Standard über den Austausch steuerlich relevanter Informationen bewertet;
- die für die Aufstellung von Bilanzierungsrichtlinien Verantwortlichen dringend aufzufordern, mit Aufsichts- und Regulierungsbehörden zusammenzuarbeiten, um die Standards für Bewertungen und die Bildung von Rückstellungen zu verbessern und eine einzige Kategorie von Bilanzierungsrichtlinien zu schaffen, die höchsten Ansprüchen genügt und weltweit gültig ist.

- die ordnungspolitischen Aufsichts- und Registrierungsmaßnahmen auf Rating-Agenturen auszudehnen, um sicherzustellen, dass diese den internationalen Kodex einwandfreien Verhaltens in der Praxis anwenden, insbesondere um unannehmbare Interessenkonflikte zu vermeiden.
16. Wir weisen unsere Finanzminister an, die Umsetzung dieser Beschlüsse innerhalb des in dem Aktionsplan festgelegten Zeitrahmens abzuschließen. Wir haben den FSB und den IWF gebeten, die Fortschritte zu überwachen und dabei mit der Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF) und anderen einschlägigen Gremien zusammenzuarbeiten und darüber einen Bericht auf dem nächsten Treffen unserer Finanzminister im November in Schottland vorzulegen.

Stärkung unserer globalen Finanzinstitutionen

17. Schwellen- und Entwicklungsländer, die in letzter Zeit Motor des weltweiten Wachstums waren, sehen sich jetzt ebenfalls Herausforderungen gegenüber, die den derzeitigen weltwirtschaftlichen Abschwung noch verstärken. Für die globale Vertrauensbildung und wirtschaftliche Erholung ist es von zentraler Bedeutung, dass diesen Ländern auch weiterhin Kapital zufließt. Dies wird eine entscheidende Stärkung der internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere des IWF, erfordern. Wir haben deshalb heute vereinbart, weitere 850 Milliarden US-Dollar durch die globalen Finanzinstitutionen zur Verfügung zu stellen, um das Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern zu stützen. Das erreichen wir indem wir dabei helfen, antizyklische Ausgaben, Rekapitalisierung der Banken, Infrastruktur, Handelsfinanzierung, Zahlungsbilanzunterstützung, Umschuldung und soziales Netz zu finanzieren. Zu diesem Zweck:

- haben wir vereinbart, die dem IWF zur Verfügung stehenden Mittel durch Direktfinanzierung durch die Mitglieder um 250 Milliarden US-Dollar aufzustocken; diese Mittel werden dann in die erweiterten und flexibleren Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) integriert und um bis zu 500 Milliarden US-Dollar weiter erhöht. Ferner haben wir vereinbart, erforderlichenfalls Kreditaufnahmen am Markt zu prüfen;
- unterstützen wir eine deutliche Erhöhung der durch die multilateralen Entwicklungsbanken zu vergebenden Kredite um mindestens 100 Milliarden US-

Dollar, auch an Staaten mit niedrigem Einkommen, und stellen sicher, dass allen multilateralen Entwicklungsbanken das entsprechende Kapital zur Verfügung steht.

18. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass diese Mittel wirksam und flexibel zur Unterstützung des Wachstums eingesetzt werden können. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die vom IWF im Hinblick auf seine neue flexible Kreditlinie (FCL) und seinen reformierten Kreditvergabe- und Konditionalitätsrahmen erzielten Fortschritte, durch die der IWF sicherstellen kann, dass seine Fazilitäten den Ursachen, die dem Finanzierungsbedarf der Zahlungsbilanzen von Staaten zugrunde liegen, wirksam Rechnung tragen, insbesondere dem Abzug ausländischen Kapitals aus dem Banken- und Unternehmenssektor. Wir unterstützen Mexikos Entscheidung, sich um eine FCL-Vereinbarung zu bemühen.
 19. Wir haben vereinbart, eine allgemeine SZR-Zuteilung zu unterstützen, durch die 250 Milliarden US-Dollar in die Weltwirtschaft fließen werden und die globale Liquidität steigen wird; ferner waren wir uns einig, dass die Vierte Änderung des IWF-Übereinkommens dringend ratifiziert werden muss.
 20. Damit unsere Finanzinstitutionen dazu beitragen können, die Krise zu bewältigen und künftige Krisen zu verhindern, müssen wir langfristig die Relevanz, Wirksamkeit und Legitimität dieser Institutionen stärken. Neben der heute vereinbarten erheblichen Mittelaufstockung sind wir daher entschlossen, die internationalen Finanzinstitutionen zu reformieren und zu modernisieren, um sicherzustellen, dass sie Mitglieder und Anteilseigner wirksam bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützen können, denen sich diese gegenübersehen. Wir werden die Mandate, Zuständigkeiten und Führungsstrukturen dieser Institutionen reformieren, damit sie die Veränderungen in der Weltwirtschaft und die neuen Herausforderungen der Globalisierung widerspiegeln, und zwar so, dass Schwellen- und Entwicklungsländer, einschließlich der ärmsten unter ihnen, mehr Stimmrechte erhalten und stärker vertreten sind. Damit einhergehen müssen Maßnahmen zur Stärkung der Glaubwürdigkeit und Rechenschaftspflicht der Institutionen durch bessere strategische Aufsicht und Entscheidungsprozesse. Zu diesem Zweck
- verpflichten wir uns zur Umsetzung des im April 2008 vereinbarten Pakets von Quoten- und Stimmrechtsreformen innerhalb des IWF und fordern den IWF auf, die nächste Quotenüberprüfung bis Januar 2011 abzuschließen;

- kommen wir überein, dass darüber hinaus eine stärkere Einbeziehung der Gouverneure des Fonds in die Erarbeitung strategischer Richtungsvorgaben an den IWF und in die Stärkung seiner Rechenschaftspflicht geprüft werden sollte;
 - verpflichten wir uns, die im Oktober 2008 vereinbarten Reformen der Weltbank umzusetzen. Wir sehen weiteren Empfehlungen zu beschleunigten Stimmrechts- und Vertretungsreformen auf unseren nächsten Treffen erwartungsvoll entgegen; diese Reformen sollen bis zu den Frühlingstreffen des Jahres 2010 vereinbart werden;
 - sind wir uns einig, dass die Leiter und das Führungspersonal der internationalen Finanzinstitutionen durch einen Auswahlprozess bestimmt werden sollten, der auf Offenheit, Transparenz und Eignung setzt;
 - haben wir aufbauend auf der gegenwärtigen Überprüfung des IWF und der Weltbank den Vorsitzenden ersucht, im Zusammenwirken mit den G20-Finanzministern in einen breit angelegten und alle Beteiligten einschließenden Konsultationsprozess einzutreten und bis zum nächsten Treffen Vorschläge für weitere Reformen mit dem Ziel zu unterbreiten, die Reaktions- und Anpassungsfähigkeit der internationalen Finanzinstitutionen zu verbessern.
21. Neben der Reform unserer internationalen Finanzinstitutionen, die diese auf die neuen Herausforderungen der Globalisierung vorbereiten soll, kamen wir überein, dass ein neuer globaler Konsens über die zentralen Werte und Prinzipien, die ein nachhaltiges Wirtschaften fördern, wünschenswert ist. Wir unterstützen die Gespräche über eine solche Charta für nachhaltiges Wirtschaften mit Blick auf eine weitere Diskussion im Rahmen unseres nächsten Treffens. Wir nehmen die in anderen Foren bereits begonnenen Arbeiten in diesem Bereich zur Kenntnis und hoffen auf eine weitere Diskussion über diese Charta für nachhaltiges Wirtschaften.

Dem Protektionismus widerstehen sowie globalen Handel und globale Investitionen fördern

22. Das Wachstum des Welthandels war ein halbes Jahrhundert lang die Grundlage für wachsenden Wohlstand. Jetzt ist der Welthandel erstmals seit 25 Jahren rückläufig. Die sinkende Nachfrage wird durch wachsenden protektionistischen Druck und die Nichtgewährung von Handelskrediten noch verschärft. Den Welthandel und die globale Investitionstätigkeit wieder in Schwung zu bringen, ist von wesentlicher Bedeutung für die Wiederherstellung globalen Wachstums. Wir werden die

historischen Fehler protektionistischen Verhaltens in früheren Zeiten nicht wiederholen. Zu diesem Zweck

- bekräftigen wir die in Washington eingegangene Verpflichtung, keine neuen Investitionshemmnisse oder Hemmnisse für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen zu errichten, keine neuen Ausfuhrbeschränkungen zu erlassen und auch keine mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) nicht zu vereinbarenden Maßnahmen zur Exportstimulierung zu treffen. Darüber hinaus werden wir etwaige Maßnahmen dieser Art umgehend korrigieren. Wir erweitern den Zeitrahmen dieser Verpflichtung bis Ende 2010;
 - werden wir alle negativen Auswirkungen unserer einzelstaatlichen politischen Maßnahmen, einschließlich der Fiskalpolitik und Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors, auf Handel und Investitionen so gering wie möglich zu halten. Wir werden nicht in finanziellen Protektionismus zurückfallen und insbesondere keine Maßnahmen ergreifen, die die weltweiten Kapitalströme, vor allem in die Entwicklungsländer, behindern;
 - werden wir die WTO umgehend über etwaige Maßnahmen dieser Art unterrichten, und wir fordern die WTO auf, gemeinsam mit anderen internationalen Gremien im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate die Einhaltung dieser Verpflichtungen unsererseits zu überwachen und darüber öffentlich in vierteljährlichem Abstand zu berichten;
 - werden wir gleichzeitig alle uns möglichen Schritte unternehmen, um Handel und Investitionen zu fördern und zu erleichtern;
 - werden wir sicherstellen, dass über die nächsten zwei Jahre mindestens 250 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung der Finanzierung des Handels zur Verfügung stehen, und zwar durch unsere Exportkredit- und Investitionsagenturen sowie durch die multilateralen Entwicklungsbanken. Wir fordern ferner unsere Regulierungsbehörden auf, vorhandene Spielräume im Rahmen der Eigenkapitalanforderungen für die Handelsfinanzierung zu nutzen.
23. Wir sind unverändert entschlossen, einen ehrgeizigen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde zu erreichen, der dringend erforderlich ist. Dies könnte der Weltwirtschaft einen Schub in Höhe von jährlich mindestens 150 Milliarden US-Dollar verleihen. Zur Erreichung dieses Ziels sind wir entschlossen, auf den bereits erzielten Fortschritten, auch hinsichtlich der Modalitäten, aufzubauen.

24. Wir werden in der kommenden Zeit unsere politische Aufmerksamkeit erneut auf diese kritische Frage konzentrieren und unsere laufenden Arbeiten sowie alle einschlägigen internationalen Treffen nutzen, um solchen Fortschritten weitere Impulse zu verleihen.

Gewährleistung einer gerechten und nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung für alle

25. Wir sind entschlossen, nicht nur das Wachstum wiederherzustellen, sondern auch die Grundlagen für eine gerechte und nachhaltige Weltwirtschaft zu legen. Wir wissen, dass die gegenwärtige Krise die schwachen Bevölkerungsgruppen in den ärmsten Ländern am härtesten trifft, und wir sind uns unserer gemeinsamen Verantwortung für die Linderung der sozialen Folgen der Krise bewusst, um so eine längerfristige Beschädigung des globalen Potentials möglichst gering zu halten. Zu diesem Zweck
- bekräftigen wir unsere historische Verpflichtung, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen und unsere jeweiligen ODA-Verpflichtungen umzusetzen, darunter Zusagen im Rahmen von "Aid for Trade", Schuldenerleichterungen sowie die Gleneagles-Verpflichtungen, besonders diejenigen gegenüber Subsahara-Afrika;
 - werden durch die heute von uns vereinbarten Maßnahmen und Beschlüsse 50 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung der sozialen Sicherheit, zur Ankurbelung des Handels und zur Sicherung der Entwicklung in Ländern mit niedrigem Einkommen bereitgestellt, und zwar als Teil der erheblichen Steigerung der Krisenhilfe für diese und andere Entwicklungs- und Schwellenländer;
 - stellen wir den ärmsten Ländern Mittel für den sozialen Schutz zur Verfügung, auch durch Investitionen in langfristige Ernährungssicherheit und durch freiwillige bilaterale Beiträge zum Rahmenwerk der Weltbank für besonders von der Finanzkrise betroffene Bevölkerungsgruppen in armen Ländern einschließlich der Infrastrukturkrisenfazilität und des Krisenreaktionsfonds für soziale Sicherung;
 - haben wir uns im Einklang mit dem neuen Einkommensmodell verpflichtet, zusätzliche Ressourcen aus vereinbarten Verkäufen von IWF-Gold zusammen mit Überschusseinnahmen dafür zu verwenden, über die nächsten zwei bis drei Jahre 6 Milliarden US-Dollar an weiteren konzessionären und flexiblen Finanzmitteln für die ärmsten Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Wir fordern den IWF auf, im Rahmen der Frühjahrstagungen konkrete Vorschläge zu unterbreiten;
 - haben wir vereinbart, die Flexibilität des Schuldentragfähigkeitsrahmens (DSF) zu überprüfen und fordern den IWF und die Weltbank auf, dem Internationalen

- Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) und dem Entwicklungsausschuss auf den Jahrestagungen zu berichten;
- rufen wir die Vereinten Nationen auf, in Zusammenarbeit mit anderen globalen Institutionen einen wirksamen Mechanismus zur Überwachung der Folgen der Krise für die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen zu schaffen.
26. Wir wissen um die menschliche Dimension der Krise. Wir verpflichten uns, diejenigen zu unterstützen, die von der Krise betroffen sind, indem wir Beschäftigungschancen schaffen und einkommensunterstützende Maßnahmen treffen. Wir werden einen gerechten und familienfreundlichen Arbeitsmarkt für Männer und Frauen schaffen. Wir begrüßen daher die Berichte der London Jobs Conference und des Sozialgipfels von Rom sowie die von ihnen angeregten zentralen Grundsätze. Wir werden die Beschäftigung durch die Stimulierung des Wachstums, Investitionen in Bildung und Ausbildung und durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützen und uns dabei auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Wir ersuchen die ILO, in Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Institutionen die bereits getroffenen sowie die künftig erforderlichen Maßnahmen zu prüfen.
27. Wir kamen überein, aus Konjunkturprogrammen finanzierte Investitionen möglichst gut zu nutzen, um eine robuste, nachhaltige und ökologische wirtschaftliche Erholung zu bewirken. Wir werden den Übergang zu sauberen, innovativen, ressourceneffizienten und CO₂-armen Technologien und Infrastrukturen einleiten. Wir ermutigen die multilateralen Entwicklungsbanken, uneingeschränkt zur Verwirklichung dieses Ziels beizutragen. Wir werden weitere Maßnahmen zur Schaffung nachhaltiger Volkswirtschaften aufzeigen und in diesem Sinne zusammenarbeiten.
28. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die Gefahr eines unumkehrbaren Klimawandels auf der Grundlage des Prinzips gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung anzugehen und auf der VN-Konferenz über den Klimawandel im Dezember 2009 in Kopenhagen eine Einigung zu erzielen.

Einlösung unserer Verpflichtungen

29. Wir haben uns verpflichtet, mit ebensoviel Dringlichkeit wie Entschlossenheit zusammenzuarbeiten, um diesen Worten Taten folgen zu lassen. Wir haben vereinbart, uns noch vor Ablauf des Jahres erneut zu treffen, um die Fortschritte bei der Einlösung unserer Verpflichtungen zu bewerten.